

Mein Bibelwort zur Corona-Schlagzeile

NZZ 04.04.20 – Sprüche 27,19:

«Wie das Wasser ein Spiegel ist für das Gesicht, so ist das Herz ein Spiegel für den Menschen.»

Corona-Krise: Die Schweiz muss sich auf künftige Pandemien besser vorbereiten Seite 10

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Samstag, 4. April 2020 · Nr. 80 · 241. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.50 · € 5.50

Die Krise hält uns den Spiegel vor

Die Pandemie ist mehr als eine medizinische Herausforderung: Sie spiegelt die heutige Weltordnung samt all ihren Mängeln. In der Krise zeigt sich amerikanische Führungsschwäche ebenso wie das gewachsene Selbstbewusstsein Chinas. Ein Abgesang auf den Westen ist trotzdem verfehlt. Von Andreas Rüesch

Trotz weltweit 50 000 Toten, mehr als einer Million bestätigter Infektionen und der Aussicht auf den heftigsten Wirtschaftseinbruch seit Jahrzehnten: Eine Krise hat immer auch ihr Gutes. Wie unter einem Vergrösserungsglas zeigt sie die wahren Verhältnisse, ungeschminkt und manchmal in aller Brutalität. Das gilt im familiären Umfeld ebenso wie für eine Gesellschaft als Ganzes und erst recht für die Beziehungen von Staaten. Die Corona-Krise ist wohl kaum ein weltpolitischer Wendepunkt, aber sie wirft ein Schlaglicht auf den Zustand, der sich in den vergangenen Jahren angesammelt hat. Sie entlarvt, wie stark Amerikas Fähigkeit zu globaler Führung unter Präsident Trump gelitten hat. Sie illustriert, wie China auf die weltpolitische Bühne drängt und sein autoritäres Herrschaftsmodell als Überlegenheit anbietet. Die Corona-Krise unterstreicht aber auch, wie die Rivalität dieser beiden Mächte die Weltpolitik durchdringt, ja verformt. Das Konkurrenzverhältnis ist keineswegs neu; der epische Handelsstreit der beiden hat dafür genügend Anschauungsunterricht geliefert. Aber die Pandemie legt offen, wie dieser Antagonismus inzwischen jeden Bereich erfasst, selbst einen vermeintlich unpolitischen wie die Seuchenbekämpfung. Für die Zukunft verheisst dies wenig Gutes.

Krieg der Worte

Bei der letzten globalen Notlage, der Finanzkrise von 2008, haben die beiden grössten Wirtschaftsmächte noch am selben Strick gezogen. Diesmal scheinen sie nicht nur unfähig zur Kooperation, sondern liefern sich seit Wochen einen absurden Krieg der Worte. Peking verbreitet dabei die Verschwörungstheorie, dass das amerikanische Militär die Epidemie in Wuhan verursacht habe. Trump war seinerseits unermüdlich angriffslustig, als er den Krankheits-erregers als «chinesisches Virus» bezeichnete. Offensichtlich geht es in der Corona-Krise nicht mehr allein um den Kampf gegen eine Krankheit, sondern auch um einen Kampf der politischen Sichtweisen. Schnell hat es die Führung in Peking verstan-

den, ihr anfängliches Versagen in der Epidemie in eine Chance zu verwandeln. Ihr Propaganda-Apparat präsentiert den angeblichen Sieg über das Virus als Beweis für die Vorzüge des chinesischen Systems. Während zerstrittene Demokratien sich als überfordert erweisen, zeigt das Reich der Mitte, wie man eine Herausforderung trotztüchtig bewältigt – so die Botschaft an die übrige Welt. Hilfsleistungen in diverse Länder sollen die Bedeutung Chinas zusätzlich hervorheben und dessen Einfluss stärken. Diese Offensive erklärt die Bitterkeit der amerikanischen Reaktion. Hardlinern in Washington sehen sich in ihrer Überzeugung bestätigt, dass China Amerikas globale Vorrangstellung systematisch untergraben will. Aussenminister Pompeo warf den chinesischen Kommunisten vor, mit ihrer anfänglichen Vertuschung der Epidemie das Problem verschärft und damit weltweit das Leben unzähliger Menschen in Gefahr gebracht zu haben.

Tatsächlich ist es reichlich unverfroren, wie Chinas Führung ihre Seuchenbekämpfung als Glanzstück hinstellt. In Wirklichkeit entüllte Covid-19 klare Schwächen des Systems Wochenlang versuchten die Behörden die Gefahr zu ignorieren. Warner wurden bestraft, das Forschungsinstitut, das als Erstes das Genom des Virus entschlüsselt hatte, wurde geschlossen. Auch die rigorose Zensur, die Ausweisung kritischer Journalisten und die Tatsache, dass Peking den Ursprung des Virus leugnet, zeigen die hässlichen Seiten der chinesischen Diktatur. Ohnehin gibt es keine Belege dafür, dass Demokratien per se schlechter für solche Herausforderungen gewappnet sind. Iran und Russland sind nur zwei Beispiele für autoritäre Staaten, die sich mit der Antwort auf Covid-19 schwertun.

Wenn prominente Politikwissenschaftler wie der Harvard-Professor Stephen Walt prophezeien, die Pandemie werde eine Machtverschiebung von West nach Ost beschleunigen, so ist dies vorzeitig. In die Rolle einer Führungsmacht vermag China auch in dieser Krise nicht zu schlüpfen. Obwohl es im März den Vorsitz im Uno-Sicherheitsrat ausübte, verpasste es die Gelegenheit, eine Reaktion der Weltorganisation zu koordinieren. Es weigerte sich so-

gar, die Epidemie auf die Tagesordnung zu setzen. Führungsstärke sieht anders aus.

Das ändert nichts daran, dass Amerika im Weltbühnenkampf mit China unvorfallslos abschnitten. Das Virus hat in den USA bereits dreimal so viele Leute infiziert und doppelt so viele Todesopfer gefordert wie in China – zumindest, wenn man den offiziellen Statistiken glaubt. China mag die Epidemie anfangs verheimlicht haben, aber Washington hat dafür die Gefahr allzu lange unterschätzt. Das Versagen hat stark mit Präsident Trump zu tun, der die Situation lieber schönredete, als dem Rat von Experten zu vertrauen. Auch in diesem Punkt ist die Corona-Krise ein unbarmherziger Spiegel: In einer medizinischen Notlage wie der jetzigen rächt es sich, einen Präsidenten zu haben, der an narzisstischer Selbstüberschätzung leidet, die Bevölkerung mit Falschinformationen manipuliert und offene Geringschätzung für die Fachkenntnisse seiner Bürokratie zeigt. Solches Verhalten untergräbt auch das Ansehen der USA im Ausland und damit die Fähigkeit, eine internationale Führungsrolle wahrzunehmen.

Mangel an Führungswillen

Dreimal im noch jungen Jahrtausend wurde Amerika zum Epizentrum einer globalen Krise: 2001, 2008 und jetzt erneut. Die ersten beiden Male gelang es den USA, breite Koalitionen zu mobilisieren. Nach den Anschlägen vom September 2001 griffen die Amerikaner weltweite Solidarität und bildeten eine Allianz zur Terrorbekämpfung. Als Reaktion auf die Finanzkrise von 2008 waren sie federführend bei der Schaffung der G-20 als neues Forum der wichtigsten Staaten und Regierungschefs. Diesmal aber lassen die USA jeden Führungswillen vermissen. Das ist schon deshalb zu bedauern, weil sie bei früheren Epidemien internationale Anstrengungen erfolgreich koordiniert hatten. Trumps Vorgänger Barack Obama trommelte 2014 Hilfe zur Eindämmung von Ebola zusammen. George W. Bush errang grosse Verdienste mit seiner Initiative zur Bekämpfung von Aids in Afrika.

In der Corona-Krise jedoch brüskiert Washington, statt zu einem. Ohne jede Absprache mit den transatlantischen Partnern verhängte Trump ein Einreiseverbot für Personen aus Europa. Ein Tiefpunkt der Diplomatie ist, dass es die USA als Vorsitzland der G-7 nicht einmal schafften, die Aussenminister der Gruppe auf eine gemeinsame Erklärung einzuschwören. Sie scheiterte an Pomposos Forderung, darin vom «Wuhan-Virus» zu sprechen und China so an den Pranger zu stellen.

Die Konfrontation mit Peking wird noch andauern, wenn der Seuchenzug längst vorüber ist. Die USA erkennen in China die zentrale Herausforderung – den ersten und einzigen Akteur seit dem Untergang der Sowjetunion, der Amerikas Machtstellung angreift. Die Rivalität ist besonders brisant, weil sie mehrere Ebenen betrifft: Washington fürchtet um die militärische Vorrangstellung im pazifischen Raum. Es sieht seine technologische Führungskraft gefährdet und betrachtet die Abhängigkeit von chinesischen Gütern als wachsendes Problem. Dazu kommt, dass China ein Gegenmodell zu Amerikas freiheitlichem System präsentiert – geprägt durch erzwungene Kontrolle der Bevölkerung. Analogien zum Kalten Krieg liegen nahe, doch China ist ein anders gearteter Gegner als einst die Sowjetunion: Weder ist China fähig, einen eigenen Länderblock anzuführen, noch ist es von den USA wirtschaftlich unabhängig. Vielmehr sind die beiden Staaten füreinander der wichtigste Handelspartner. Diese Verflechtung lässt sich nicht auflösen, auch wenn man wegen der Pandemie gewisse Produktionsketten zerreissen.

Damit ist klar, dass es zur Bewältigung der Corona-Krise auf internationaler Ebene zweierlei braucht: nicht Konkurrenz, sondern Kooperation bei der Beschaffung medizinischer Güter, aber auch amerikanische Führung bei der Lancierung einer weltweiten Hilfsoperation. Denn weder China noch die Weltgesundheitsorganisation verfügen über das politische und organisatorische Gewicht, das die USA in die Waagschale werfen können. Noch fehlt der Wille in Washington, diese Chance zu nutzen. Aber es ist nicht zu spät, sie zu ergreifen.

Bundesrat verdoppelt Nothilfe für Firmen

Keine rasche Rückkehr zur Normalität

hus./jat. - Der Bundesrat stockt das Maximum der Rüchschaffen für Notkredite von 20 Milliarden auf 40 Milliarden Franken auf. Das hat Bundesrat Ueli Maurer am Freitag bekanntgegeben. Gemäss Angaben des Bundes wurden bis am Donnerstag 76 000 Kreditvereinbarungen mit einem geschätzten Volumen von insgesamt 14,3 Milliarden Franken abgeschlossen. «Die Zahlen zeigen, dass das Bedürfnis nach wie vor vorhanden ist», sagte der Finanzminister vor den Bundeshausmedien. Das ist auch ein Zeichen dafür, dass die Schweiz noch nicht so schnell zum Normalbetrieb zurückkehren wird. Diese Botschaft versuchte auch Gesundheitsminister Alain Berset mit aller Deutlich-

keit zu vermitteln. Jetzt gelte es mehr denn je, durchzuhalten, sagte er. Kurzfristig mögen bestenfalls kleine Schritte dringender Schutzmassnahmen, Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte, sagt Bundesrat Ignazio Cassis im Interview mit der NZZ. Die Schweiz habe noch Reserven und kläre ab, ob sie Rom unterstützen könne. Schutzmaterial und andere Güter würden aber nur dann geliefert werden, wenn sie hierzulande in genügender Menge vorhanden seien. Dass die Pandemie dem Nachbarland so schwer zu schaffen macht, führt der Aussenminister auch auf die Finanzkrise von 2008 zurück. «Italien ist politisch und finanziell seit Jahren in einer volatilen Situation», sagt Cassis. Auch im

Schweiz, Seite 12
Wirtschaft, Seite 19

«Italien ist seit Jahren in einer volatilen Situation»

Aussenminister Cassis will Rom in der Corona-Krise helfen

gaf. - Italien ist von der Corona-Pandemie besonders heftig betroffen. Das Land brauche neben Intensivpflegeplätzen dringender Schutzmassnahmen, Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte, sagt Bundesrat Ignazio Cassis im Interview mit der NZZ. Die Schweiz habe noch Reserven und kläre ab, ob sie Rom unterstützen könne. Schutzmaterial und andere Güter würden aber nur dann geliefert werden, wenn sie hierzulande in genügender Menge vorhanden seien. Dass die Pandemie dem Nachbarland so schwer zu schaffen macht, führt der Aussenminister auch auf die Finanzkrise von 2008 zurück. «Italien ist politisch und finanziell seit Jahren in einer volatilen Situation», sagt Cassis. Auch im

Gesundheitswesen sei die Infrastruktur vernachlässigt worden. Im Interview äussert sich der Aussenminister zudem zur grossen Rückholaktion für Schweizer Touristen, die im Ausland gestrandet sind. «Bisher haben wir 17 Flüge organisiert für etwas mehr als 3700 Passagiere.» Davon seien 2100 Schweizer gewesen, der Rest sei vor allem aus Nachbarstaaten gekommen. Die Flüge sind für die Reisenden nicht gratis. Sie müssen diese im Rahmen eines marktüblichen Tickets bezahlen, sagt Cassis. Der Bund leiste aber eine Vorfinanzierung. Dafür hat das Aussendepartement bis anhin 20 Millionen Franken als Defizitgarantie eingeplant. Schweiz, Seite 11

WOCHENENDE

Faszination und Schrecken Südpol

Die Antarktis ist nicht nur unwirtlich, sondern lebensfeindlich. Ein Reisebericht.

Seite 33–37

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +41 44 258 11 11, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 1000, www.nzz.ch
Wetter: 20, TV/Radio: 50, 51, Traueranzeigen: 30, Impressum: 20



Pfr. Andrea Marco Bianca – bianca.ch/kirche/corona
Reformierte Kirchgemeinde Künsnacht – rkk.ch